



## Ausbildungsbonus einführen – Zukunftschancen junger Menschen verbessern

Bildung ist der Schlüssel zum individuellen Aufstieg. Bildung ist ein wirksames Mittel gegen den Mangel an Fachkräften.

Eine zentrale Rolle spielt die Ausbildung. Ziel muss es sein, allen Bewerbern einen Ausbildungsplatz anbieten zu können. Mit dem Ausbildungspakt haben wir auf diesem Weg bereits viel erreicht. Aller Voraussicht nach wird in diesem Jahr die Zahl der Lehrstellen erstmals seit langem größer sein, als die Zahl der Be-

werber.

Dennoch besteht weiterhin Handlungsbedarf: Rund 20 Prozent aller Bewerber gelten als nicht ausbildungsfähig, viele brechen ihre Ausbildung ab. Aus diesem Grund führen wir einen Ausbildungsbonus ein, der die Ausbildung von benachteiligten Bewerbern bezuschusst. Firmen, die Lehrstellen für Bewerber mit Vermittlungshindernissen schaffen, erhalten zukünftig einen Zuschuss. Zudem unterstützen wir Bewerber mit Vermitt-

lungsproblemen zukünftig durch pädagogische Unterstützung während der Ausbildung. Damit stellen wir einen Ausbildungserfolg dieser jungen Menschen sicher. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, den Ausbildungsbonus zu einem zielgerichteten Instrument zur Förderung benachteiligter Bewerber zu machen. Insbesondere haben wir in Verhandlungen mit der SPD einen Kriterienkatalog durchgesetzt, der den Kreis der

## Besucher der Woche



*Zu einer viertägigen politischen Bildungsfahrt reisten rund 50 Ehrenamtler aus allen Städten des Oberbergischen Kreises in dieser Woche nach Berlin. Zum Reiseprogramm gehörten der Besuch einer Plenarsitzung im Bundestag und ein Rundgang durch das alte Reichstagsgebäude. Weitere Stationen: das Finanzministerium, das ehemalige Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen und Schloss Cecilienhof in Potsdam.*



## Die Woche im Parlament

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich – EEG . Ziel des Gesetzes ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 Prozent und danach kontinuierlich weiter zu erhöhen. Mit dem Gesetz wird die bislang geltende Fassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes abgelöst. Zwar wird die Grundstruktur des bisherigen Gesetzes beibehalten, im Detail erfolgen aber weitreichende Veränderungen, etwa bei der Höhe der Vergütungen und der Förderung bei den einzelnen Energieträgern.

In zweiter und dritter Lesung haben wir das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung beschlossen. Dieses Gesetz soll der Energieeinsparung und dem Klimaschutz dienen. Der Anteil der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) an der jährlichen Gesamtstromerzeugung in Deutschland soll sich bis 2020 auf etwa 25 Prozent verdoppeln. Die Modernisierung und der Neubau von KWK-Anlagen sollen vorangetrieben und der Aus- und Neubau von Wärmenetzen, in die Wärme aus KWK-Anlagen eingespeist wird, gefördert werden. Die Förderung soll, wie im geltenden KWKG, auf Basis eines durch die Netzbetreiber zu zahlenden Zuschlags erfolgen, der auf die Stromverbraucher umgelegt werden kann.

Ziel des ebenfalls in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes – EEWärmeG ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien für Heizung, Warmwasserbereitung und Erzeugung von Kühl- und Prozesswärme bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent zu erhöhen. Hierfür werden auf Initiative der Union u. a. erheblich mehr Fördermittel über das Marktanzreizprogramm bereitgestellt. Damit wird der Ausbau regenerativer Wärme in Deutschland beschleunigt. Bislang ungenutzte Potenziale sollen erschlossen und der Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere bei den fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas, soll damit entgegengewirkt werden.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

*Der vierte „Ambassador's Roundtable“ beschäftigte sich mit Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie als alternative zu herkömmlichen Energieträgern.*

*Klaus-Peter Flosbach und Kanadas Botschafter Paul Dubois (2.v.r.) hatten zu dieser deutsch-kanadischen Podiumsdiskussion in das Marie-Elisabeth-Lüders Haus im Bundestag eingeladen.*

### KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB  
Jakob-Kaiser-Haus  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227-71 401  
Fax : (030) 227-76 301  
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de